

Erklärung von Klaus Kinkel über die Beteiligung der MOEL an der europäischen Sicherheitsarchitektur (Paris, 13. Mai 1997)

Quelle: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung. 16.06.1997, Nr. 50. Bonn: Deutscher Bundesverlag.

Urheberrecht: (c) Presse- und Informationsamt der Bundesregierung

URL:

http://www.cvce.eu/obj/erklarung_von_klaus_kinkel_uber_die_beteiligung_der_moel_an_der_europaischen_sicherheitsarchitektur_paris_13_mai_1997-de-f2e09cee-bf89-4ac7-889e-2932ad672e6f.html

Publication date: 05/09/2012

Erklärung des Bundesaußenministers, Tagung des Ministerrates der Westeuropäischen Union am 13. Mai 1997 in Paris

Beim Europäischen Rat in Amsterdam am 16./17. Juni und auf dem NATO-Gipfel am 8./9. Juli in Madrid werden die Weichen für die künftige Architektur unseres Kontinents gestellt. Wir wollen alle gemeinsam das freiheitliche Europa bauen.

Auch die Bürger der mittel- und osteuropäischen Staaten wollen der euro-atlantischen Staatengemeinschaft angehören. Sie fürchten, den Anschluß zu verlieren und als eine Art politisches und sicherheitspolitisches Niemandsland zurückbleiben. Ich sage dazu klar und deutlich: Diese Sorge ist unbegründet. Wir stehen zu unserem Angebot. Das ist nicht nur eine Frage der politischen Glaubwürdigkeit. Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Stabilität und Wohlstand in ganz Europa liegen in unserem eigenen vitalen Interesse.

Die Erweiterung der Europäischen Union ist im Grundsatz beschlossen. Sechs Monate nach Beendigung der EU-Regierungskonferenz in Amsterdam sollen Beitrittsverhandlungen mit den Staaten Mittel- und Osteuropas aufgenommen werden. Mit wem zuerst, darüber wird nach transparenten und objektiven Kriterien entschieden, die für alle Beitrittskandidaten gelten. Wir müssen differenzieren, aber wir wollen nicht diskriminieren.

Auch der NATO-Gipfel zur "gesamteuropäischen Sicherheit" in Madrid am 8./9. Juli steht vor historischen Entscheidungen: Es geht um die Anpassung des Bündnisses an die neuen sicherheitspolitischen Herausforderungen, die Öffnung der NATO für neue Mitgliedstaaten, den Ausbau der Beziehungen zu den Staaten, die im ersten Öffnungsschritt nicht zum Zuge kommen, sowie um eine strategische Sicherheitspartnerschaft der NATO mit Rußland und ein besonderes Verhältnis zur Ukraine. Mit einem Wort: Auf der Tagesordnung steht die Neugestaltung der europäischen Sicherheitsarchitektur.

In Madrid wird über die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen entschieden. Der Meinungsbildungsprozeß ist noch nicht abgeschlossen. Entscheidend bleibt aber: Die Gipfelentscheidung wird im Sinne gesamteuropäischer Verantwortung getroffen. Das Bündnis bleibt offen - auch für die europäischen Partner, die nicht sofort zum Zuge kommen. Die NATO bietet allen Partnern vertiefte Zusammenarbeit und immer engere Anbindung an das Bündnis an.

Die neue Sicherheitsarchitektur in Europa muß auch Rußland mit einbeziehen. Die Allianz hat deutlich gemacht, daß ihre Öffnung für neue Mitglieder nicht gegen Rußland gerichtet ist und daß die legitimen Sicherheitsinteressen Moskaus berücksichtigt werden.

Die WEU hat bei der Entwicklung einer gemeinsamen europäischen Sicherheits- und Verteidigungsidentität eine spezifische Rolle. Sie ermöglicht es als Bindeglied zwischen Europäischer Union und NATO, politisches Handeln der Europäischen Union mit dem militärischen Handlungspotential der WEU und der NATO zu verbinden. Und in der WEU können bereits heute 28 europäische NATO-Partner, allianzungebundene EU-Mitglieder und die assoziierten mittel- und osteuropäischen Partner an gemeinsamen Willensbildungs- und Entscheidungsprozessen im Bereich der Sicherheits- und Verteidigungspolitik mitwirken.

Deutschland und Frankreich haben 1994 die Möglichkeit einer assoziierten Partnerschaft als Initiative in die WEU eingebracht. Die Beteiligung der assoziierten Partner an unseren sicherheitspolitischen Konsultationen hat sich gut entwickelt. Jetzt geht es darum, dies weiter auszubauen.

Für alle unsere Länder in Europa ist die euro-atlantische Wertegemeinschaft der Orientierungsrahmen. Wir haben heute die historische Chance, ganz Europa zu einigen. Es darf und es wird im neuen Europa keine neuen Trennlinien, keine neuen Ausgrenzungen geben. Nur so kann die europäische Idee glaubwürdig bleiben. Das ist unsere Richtschnur für die Aufgaben, die vor uns liegen, auch für das Programm unserer WEU-Präsidentschaft. Die französische Präsidentschaft hat substantielle Ergebnisse erreicht und damit hohe Maßstäbe gesetzt. Dafür Dank und Anerkennung an Außenminister de Charette und Verteidigungsminister Millon und ihre Mitarbeiter.

Bundeskanzler Kohl und Staatspräsident Chirac haben bei ihrem Treffen in Nürnberg eine Koordinierung der französischen und deutschen WEU-Präsidentschaften vereinbart. Wir übernehmen den Staffelnstab - mit folgenden Schwerpunkten:

Erstens: Weiterentwicklung des Verhältnisses von WEU und Europäischer Union, insbesondere Umsetzung der Ergebnisse der Regierungskonferenz. Die WEU ist für die Europäische Union ein institutioneller Baustein für die Vollendung der Gemeinsamen Sicherheits- und Außenpolitik. Von ihr hängt schon heute die europäische Handlungsfähigkeit im Krisenmanagement mit militärischen Mitteln ab.

Wir werden die Ergebnisse der Regierungskonferenz im Bereich Sicherheit und Verteidigung in der WEU aufgreifen und umsetzen und dabei eng mit der luxemburgischen EU-Präsidentschaft zusammenarbeiten. Gleiches gilt für unsere Absicht, die praktische Zusammenarbeit zwischen WEU und Europäischer Union weiter zu verbessern. Insbesondere die Verzahnung der Entscheidungsprozesse beider Organisationen im Bereich der Petersberg-Aufgaben muß fortgeführt und die Rolle der Beobachter in der Europäischen Union im Lichte der Ergebnisse der Regierungskonferenz überprüft werden.

Zweitens: Weitere Vertiefung des Verhältnisses von WEU und NATO, insbesondere Fortführung der Implementierung der Berlin-Beschlüsse der NATO. Die Bereitschaft der Allianz, kollektive NATO-Ressourcen für WEU-geführte, das heißt europäische Operationen zur Verfügung zu stellen, bedeutet für die WEU eine entscheidende operationelle Stärkung. Bei der Umsetzung der Berliner Beschlüsse der NATO zur operationellen Verzahnung von NATO und WEU wurden seit dem vergangenen Jahr bedeutende Fortschritte erzielt. Darauf aufbauend geht es jetzt vor allem um:

- das Rahmenabkommen zwischen WEU und NATO über Freigabe, Transfer und Rückgabe von NATO-Mitteln und Fähigkeiten
- die Konkretisierung der Modalitäten der WEU-NATO-Zusammenarbeit im Bereich militärische Planungen und Übungen in einer Vereinbarung;
- die Klärung der Modalitäten der Einbeziehung der WEU-Beobachterstaaten bei der Mitwirkung der WEU am Verteidigungsplanungsverfahren der NATO.

Drittens: Die vertiefte Einbeziehung der Assoziierten Partner in die militärische Arbeit der WEU. Wir wollen die Partner noch stärker als bisher auch militärisch einbeziehen, um ihre Mitwirkung an WEU-Operationen zu erleichtern.

Viertens: Weiterer Ausbau der operationellen Fähigkeiten der WEU. Dazu wollen wir unter anderem die Beschlüsse der Generalstabschefs zur Reorganisation der militärischen Strukturen in der WEU umsetzen, die Modalitäten für den Einsatz multinationaler Hauptquartiere bei WEU-Operationen verbessern und die Arbeiten zur Entwicklung einer WEU-Übungspolitik und zur Harmonisierung von Krisenmanagement-Mechanismen und -Verfahren fortführen.

Die WEU ist zu einem Scharnier zwischen Europäischer Union und NATO bei der Entwicklung der europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik geworden. Die deutsche Präsidentschaft wird sich dafür einsetzen, diese Rolle weiter auszubauen und zu vertiefen.